



Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Innen- und Rechtsausschuss  
Barbara Ostmeier, Vorsitzende

Aktenzeichen:

Auskunft: Monika Peters  
Telefon: +49 431 97984-15  
Fax: +49 431 96685  
E-Mail: [pe@vhs-sh.de](mailto:pe@vhs-sh.de)  
Internet: [www.vhs-sh.de](http://www.vhs-sh.de)

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Umdruck 18/4271

Datum: 13.4.2015

### Stellungnahme

Demokratie lebt von Beteiligung, Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und SSW, Drucksache 18/2532

Demokratie lebt von Vertrauen, Änderungsantrag der Fraktion der Piraten, Drucksache 18/2557

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Landesverband der Volkshochschulen Schleswig-Holsteins e.V. begrüßt ausdrücklich den Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Abgeordneten des SSW sowie den Antrag der Piraten zur Verbesserung der Wahlbeteiligung.

Die Mitglieder des Landesverbandes, die Volkshochschulen und die Heimvolkshochschulen/Bildungsstätten in Schleswig-Holstein, sehen eine wichtige Aufgabe darin, Bürgerinnen und Bürgern ein aktives Demokratieverständnis zu vermitteln. Demokratie lebt von Partizipation. Es ist für uns und unsere Mitglieder deshalb selbstverständlich, im Rahmen der politischen Bildung insbesondere das Thema Wahlen und Wahlbeteiligung aufzugreifen. Wahlen sind das Rückgrat der Demokratie. Sich an Wahlen zu beteiligen und damit Demokratie zu gestalten, sollte deshalb für jeden Menschen selbstverständlich sein.

Voraussetzung dafür ist umfassende Information, Transparenz der Verfahren, ein politisches (Selbst-)Verständnis und das Vertrauen darauf, auch als Einzelner mit seiner/ihrer Stimme Politik gestalten zu können. Dieses zu erreichen ist Ziel der politischen Bildung an Volkshochschulen und Heimvolkshochschulen/Bildungsstätten.

Die im Antrag von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und SSW vorgeschlagenen Maßnahmen sind u.E. gut geeignet, um die Bereitschaft zur Wahlbeteiligung zu steigern. Insbesondere die in beiden Anträgen vorgeschlagenen Maßnahmen zur Barrierefreiheit und zur Einbeziehung von Migrantinnen und Migranten halten wir für unabdingbar.

Im Antrag der Piraten begrüßen wir den Hinweis auf mögliche Ursachen einer geringen Wahlbeteiligung. Auch die in diesem Antrag genannten Vorschläge können zur Steigerung der Wahlbeteiligung beitragen. Die Vorschläge unter I. 1.- I. 3. sollten allerdings einer sehr kritischen Prüfung unterzogen werden. Eine dadurch mögliche Zersplitterung in Klein- und Kleinstgruppen sowie Einzelpersonen im Parlament ist u.U. kontraproduktiv und kann Wahlmüdigkeit eher fördern.

Grundsätzlich regen wir an, über die konkreten vorgeschlagenen Maßnahmen hinausgehend insbesondere Maßnahmen zu ergreifen, die

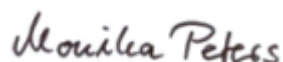
- die Partizipationsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger stärken,
- das Vertrauen in demokratische Entscheidungsstrukturen herstellen,
- den Dialog zwischen Bevölkerung, Politik und Verwaltung fördern,
- digitale Möglichkeiten der Diskussion und Beteiligung nutzen.

Die Entscheidung zur Wahlbeteiligung fällt nicht kurzfristig, sondern basiert auf den politischen Alltagserfahrungen der Menschen. Politik wird erlebt. Sie wird oft erlebt als Nichteinhalten von Wahlversprechen, als intransparente Entscheidungen, als Diskrepanz zwischen dem (manchmal auch vermeintlichen) Bürgerwillen und einem diffusen Politikerinteresse.

Politik muss stärker erlebt werden als Teil des Alltags. Die Bürgerinnen und Bürger in Schleswig-Holstein, vor allem auch die Jugendlichen, sind keineswegs in ihrer Mehrheit unpolitisch oder uninteressiert. Sie engagieren sich vielfältig in Initiativen, Vereinen, Verbänden und zu sehr unterschiedlichen Themen. Dieses ehrenamtliche Engagement findet vielfach in den Parteien statt. Aber ebenso wichtig und aner kennenswert ist das parteiunabhängige, an einer konkreten Sache orientierte Engagement.

Politische Bildung informiert und befähigt zur Partizipation an gesellschaftlichen Entwicklungen und Entscheidungen, stärkt die gesellschaftliche Verantwortung und fördert die Gestaltung einer demokratischen Gesellschaft. Sie fördert und unterstützt die Nutzung demokratischer Strukturen und Instrumente und dadurch auch die Beteiligung an demokratischen Wahlen. **Die Stärkung der politischen Bildung ist deshalb eine wesentliche Voraussetzung für die Umsetzung konkreter Maßnahmen und Grundlage für eine höhere Wahlbeteiligung von informierten und politisch bewussten Bürgerinnen und Bürgern.**

Mit freundlichen Grüßen



Monika Peters  
Verbandsdirektorin